

## LESERBRIEFE

# Schnelle Genehmigungen helfen der Umwelt nicht

VON ANDREA JORNS, LEVERKUSEN

Zu „Andrea Deppe wehrt sich gegen Kritik“ vom 2. September Die Bauministerin Ina Scharrenbach kritisiert die zu langsame Genehmigungspraxis für Bauvorhaben in Leverkusen und zeigt damit, dass sie, wie viele andere Politikerinnen und Politiker, anscheinend noch nicht begriffen hat, dass die Lage ernst ist und der Klimawandel unser aller Existenz bedroht.

Der Bausektor kann durch nachhaltiges Handeln einen großen Unterschied machen und helfen, den Klimawandel zumindest abzumildern. Mit Sicherheit aber nicht, durch ein schnelleres Tempo bei Baugenehmigungen. Auch in Leverkusen ist nachhaltiges Handeln von den Verantwortlichen nicht zu erkennen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben am 25. September 2015 bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen gemeinsame Ziele für eine nachhaltige Entwicklung formuliert – die Sustainable Development Goals (SDGs).

Diese beinhalten 17 Ziele, die unsere Welt verändern und für zukünftige Generationen lebenswert erhalten soll. Auch Leverkusen hat sich zu diesen Zielen bekannt.

Zitat aus dem Papier der Stadt Leverkusen: „Insgesamt müssen in diesem Themenfeld zum einen der Flächenversiegelung entgegengewirkt werden und zum anderen das bedarfsgerechte und bezahlbare Wohnraumangebot ausgebaut werden.“

Das Baudezernat unter Andrea Deppe entscheidet jedoch nicht unter den Aspekten der Nachhaltigkeit und setzt damit seine eigene Nachhaltigkeitsstrategie nicht um.

Das Papier ist nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, denn Bauvorhaben werden in Leverkusen nicht danach bewertet, wie nachhaltig sie sind oder ob Wohnraum bezahlbar ist.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Stadt Leverkusen weist großzügig Baugebiete auf der grünen Wiese für den Bau von Eigenheimen mit bis zu 171 Quadratmeter für Gutverdienende aus.

Sie plant außerdem, eine Feuerwache in ein Landschaftsschutzgebieten zu bauen. Wie ist es zu erklären, dass sie die Fläche im Gewerbegebiet an der Solinger Straße für den Bau einer Feuerwache als angeblich ungeeignet ausschließt? Die wirtschaftlichen Interessen werden höher gewichtet als der Umweltschutz. Gewerbliche Flächen lassen sich gut vermarkten und spülen Geld in die Stadtkassen. Landschaftsschutzgebiete nicht.

Nachhaltig – im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes und der vereinbarten Ziele – ist das nicht. Nachhaltiges Bauen bedeutet nachverdichten und die Nutzung bereits versiegelter Flächen.

Nicht die von der Politik teilweise belächelten Umweltaktivisten sind weltfremd, sondern die von uns in ihr Amt gewählten Politikerinnen und Politiker. Sie sollten als gewählte Volksvertreter Verantwortung übernehmen und die Ziele der Vereinten Nationen umsetzen. Sie sind moralisch verpflichtet danach zu handeln. Im Sinne der Vereinten Nationen deren Teil wir alle sind.

Politik muss jetzt handeln. Es geht um nicht weniger als die Zukunft unseres Planeten.